2014-03-28

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

# N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport am 20.02.2014**

**Sitzungsbeginn:** **16:30 Uhr**
**Sitzungsende:** **18:35 Uhr**
**Sitzungsort:** **Raum 228, Rathaus Dessau**

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Hartmann eröffnet stellvertretend für Frau Dr. Tietz, die dienstlich verhindert ist, die Sitzung, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### 2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Frau **Ehlert** bemerkt, dass die Beschlussvorlage „Maßnahmebeschluss für den Neubau einer Zweifeldsporthalle“ unter TOP 5.3. bereits von der CDU-Fraktion im letzten Stadtrat zurückgezogen wurde und ist deshalb von der Tagesordnung zu nehmen.

Zum TOP 5.4. „Umfang der Sanierungsmaßnahme Schloss Georgium und mögliche Beteiligung an der Cranach-Ausstellung 2015“ erklärt Herr **Kuras**, dass sich der Titel geändert hat und der Teil zur Cranach-Ausstellung gestrichen wurde.

Herr **Puttkammer** hat keine Informationen zur Vorlage unter TOP 5.3.. Die Behandlung der Vorlage könnte auch in den nächsten Ausschuss verlegt werden.

Herr **Hartmann** möchte unter dem TOP 4. einen Bericht über das ganzheitliche Tourismuskonzept durch Frau Schulze hinzufügen. Das Konzept wurde bereits am Vortag im Wirtschaftsausschuss vorgestellt.

Die Tagesordnung wird mit den besprochenen Änderungen und Ergänzungen beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** **8 : 0 : 0**

## 3 Genehmigung der Niederschriften vom 03.12.13 und 05.12.13

Herr **Otto** ergänzt zur Niederschrift vom **03.12.13**, dass Herr Dr. Raschpichler die Aussage getroffen hat, dass er bei der Planung und Antragstellung für den Ersatzneubau Schwimmhalle weiterhin bei 5 Bahnen bleibt.

Herr **Giese-Rehm** erscheint um 16:40 Uhr zur Sitzung.

Zur Niederschrift vom **05.12.13** möchte Frau **Sanftenberg** wissen, ob der auf Seite 6 unter Punkt 3. letzter Abschnitt genannte Zuschuss in Höhe von 250.000 EUR im Jahr 2013 beantragt wurde. Frau **Nußbeck** antwortet, dass die Übertragung der Meisterhäuser am 19.12.2013 notariell beurkundet wurde und der Vorgang abgeschlossen ist.

Weiterhin möchte Frau **Sanftenberg** wissen, ob Herr Koschig, wie auf Seite 8 angekündigt, das Treffen mit den ansässigen Firmen im Waggonbau gemeinsam mit Herrn Tobler durchgeführt hat und welches Ergebnis es gibt. Herr **Kuras** nimmt die Anfrage mit in die Verwaltung. Frau Dr. Tietz hatte angeregt, bei der Stiftung „Erinnern, Verantwortung, Zukunft“ eine Förderanfrage für die Gedenkstätte zu tätigen. Der Antrag wird derzeit vorbereitet. Zur Begrifflichkeit des Ticketing-Systems erklärt er, dass damit das Eintrittskarten-System gemeint ist.

Herr **Otto** bittet um Ausreichung der Teilnehmerliste (siehe Anlage 1) zum Kulturgespräch vom 23.11.13, um evtl. Rücksprache halten zu können.

Der Niederschrift vom 03.12.13 wird mit seiner Ergänzung zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 4 : 0 : 5**

Der Niederschrift vom 05.12.13 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 5 : 0 : 4**

## 4 Öffentliche Anfragen und Informationen

### 4.1 Informationen der Verwaltung

Frau **Schulze** informiert über das am 19.02.14 im Wirtschaftsausschuss vorgestellte Tourismusmarketingkonzept (Anlage 2). Das Land entwickelte einen Masterplan für die Leitziele des Tourismus bis zum Jahr 2020. Die Stadt Dessau-Roßlau reagiert mit ihrem Tourismuskonzept darauf. Es stehen große Jubiläen bevor. Im Jahr 2015 wird Cranach der Jüngere gewürdigt, im Jahr 2016 wird das Bauhaus Dessau 90 Jahre alt und im Jahr 2019 wird das Bauhaus deutschlandweit 100 Jahre alt. Dies muss touris-

tisch vermarktet werden. Die Eröffnung der Meisterhäuser in diesem Jahr wird nicht nur in Deutschland, sondern auch international beworben. Die Studie soll bei der Umsetzung der Ziele helfen. Studien gibt es beim Bauhaus und bei der IMG als Landesorganisation des Tourismus, wurde gerade eine Studie in Auftrag gegeben. Der Fördermittelantrag der Stadt über das Regionalbudget mit einer Quote von 80 % Land und 20 % Stadt wurde 2013 abgelehnt. Ein erneuter Versuch wurde im Oktober 2013 positiv beschieden. Die Ausschreibung erfolgte umgehend und der Auftrag wurde an eine Firma (IFT GmbH) aus Potsdam vergeben. Inhaltliche Bestandteile der Studie sind die Stärke-Schwäche-Analyse, eine Wirtschaftlichkeitsstudie und das Radverleih-System der Stadt in Verbindung mit der Region Oranienbaum/Wörlitz/Wittenberg. Ziel ist es die Aufenthaltsdauer in unserer Stadt zu verlängern und neue Produkte zu entwickeln, um den Tagestourismus zu steigern. Jetzt beginnt der Prozess der Umsetzung der Tourismuskonzeption. Begleitend soll dies ein Beirat tun. Dieser setzt sich zusammen aus je einem Vertreter des Landes (IMG), der Geschäftsführung der Tourismusregion Anhalt- Dessau- Wittenberg, der Kulturstiftung, der Stiftung Bauhaus, der Direktion des nh-Hotels und des Radisson Blue, des Kulturausschusses und des Wirtschaftsausschusses sowie der Amtsleiter für Kultur und der Amtsleiter für Wirtschaftsförderung. Im Wirtschaftsausschuss empfahl Herr Hantusch, Herrn Dr. Weber als Vertreter des Wirtschaftsausschusses und Herrn Hartmann als Vertreter des Kulturausschusses in den Beirat zu wählen. Die Tourismuskonzeption soll bis Oktober 2014 fertig gestellt werden.

Frau **Ehlert** erinnert an den Masterplan Bauhaus, in dem verdeutlicht wurde, dass spätestens vorgestern ein Tourismuskonzept vorliegen sollte, um die Jubiläen und Höhepunkte in unserer Stadt zu vermarkten. Sie ist erschrocken, dass hier noch über eine Studie gesprochen wird. Chancen wurden schon bei der Vermarktung Dessau|800 verpasst. Es ist für sie unverständlich, dass man sich noch im Findungsprozess befindet.

Herr **Otto** möchte wissen, ob das Tourismuskonzept des Bauhauses bekannt ist. Frau **Schulze** bestätigt, dass es sich dabei allerdings um eine Studie, die die Stadt Dessau-Roßlau mit in Auftrag gegeben hat, handelt. Hier ist nur das Bauhaus und sein Potential untersucht worden.

Herr **Otto** möchte weiterhin wissen, ob diese Erkenntnisse „eingespeist“ wurden und was wurde bisher aus der seit 1 - 1 ½ Jahren vorliegenden Studie des Bauhauses umgesetzt. Frau **Schulze** antwortet, dass sie erst seit einem Jahr mit ihrer Tätigkeit betraut ist und ihr die Vorbedingungen nicht bekannt waren.

Herr **Hartmann** kann sich erinnern, dass erst im vorigen Jahr März/April der Beschluss gefasst wurde, dass Tourismuskonzept zu erstellen. Er freut sich über den neuen Entwicklungsstand, da der vorherige Prozess sehr schleppend war.

Herr **Otto** bittet darum, dass die Verwaltung im nächsten Ausschuss über die Umsetzung der Maßnahmen des vorliegenden Bauhaus-Konzeptes berichtet.

Frau **Dammann** benennt die Kulturentwicklungsplanung als weiteres Arbeitspapier, in dem alle wichtigen kulturellen Belange beschrieben sind. Frau **Schulze** antwortet, dass auf bestehende Studien zurückgegriffen wird, die touristischen Ansätze sich

aber unterscheiden. Dennoch fließen die Informationen mit ein. Frau **Dammann** empfindet den Prozess als zu lange.

Herr **Hartmann** verweist auf den Zeitplan in der Vorlage zum Tourismuskonzept. Frau **Schulze** ergänzt, dass auch in diesem Jahr die Fördergelder abgerechnet sein müssen. Herr **Otto** befürchtet, dass dann wieder nur ein Papier vorliegt, von denen es schon viele gibt. Frau **Schulze** versichert, dass die im Ergebnis ausgesprochenen Handlungsempfehlungen in konkreten Maßnahmen münden.

Herrn **Puttkammer** ist nicht ganz klar, in welcher Funktion Frau Schulze mit dem Tourismuskonzept zu tun hat. Sie klärt auf, dass sie seit 01.02.2013 in Wirtschaftförderungsamt als Sachgebietsleiterin Tourismus tätig ist und dieses Projekt mit begleitet.

Herr **Puttkammer** erklärt, dass bis vor einiger Zeit regelmäßig über die Entwicklung des Tourismus im Kulturausschuss berichtet wurde. Dann wurde der Tourismusbereich an die Wirtschaftsförderung abgegeben und er muss erfahren, dass man wieder von vorn anfängt, weil nichts mehr vorhanden ist. Warum wurde der Prozess nicht fortgeschrieben und entwickelt? Frau **Schulze** erklärt, dass die Rahmenbedingungen genutzt werden, um fortzuschreiben. Herrn **Puttkammer** fällt auf, dass die Stadt Dessau-Roßlau an einigen Stellen „hinten runter fällt“. Als Beispiel nennt er das Werbeprospekt für Flussreisen auf der Elbe. Hier wird kein Kontakt geknüpft. Eine Stadt mit 3 Weltkulturerbestätten muss anders vermarktet werden, zwischen Wittenberg und Magdeburg finden wir nicht statt. Er fragt sich, wofür die Stadt einen Schiffsanleger baut, wenn diese Investition nicht vermarktet wird. Wo liegt die Effizienz der einzelnen Maßnahmen? Er hält die Berufung eines weiteren Beirats nicht für sinnvoll. Ihn wundert es, dass bereits der Name von Herrn Hartmann schon feststeht. Herr **Hartmann** klärt auf, dass im Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen wurde, die beiden stellvertretenden Ausschussvorsitzenden aus Wirtschafts- und Kulturausschuss zu berufen. Frau **Ehlert** bemerkt, dass die Berufung in den Beirat nicht auf der Tagesordnung steht und somit nicht behandelt werden kann.

Herr **Giese**-**Rehm** geht auf die Ausführungen von Herrn Puttkammer ein. Das Schiff Dessau-Roßlau wurde verkauft, da es sich offensichtlich nicht ausreichend vermarkten ließ. Frau **Schulze** hat neuere Informationen, da sie mit dem Eigner, Herrn Harnisch, in Verbindung getreten ist. Er wird in diesem Jahr in Dessau anlegen und die Termine sind bereits in der Vermarktung.

Herrn **Giese-Rehm** geht es um die größeren Schiffe, die hier anlegen aber auch vorbei fahren. Da ist sicher noch Potential vorhanden. Wie ist die von der Stadt Wittenberg gegründete Tourismus GmbH in die Planung zum Radtourismus mit eingebunden? Frau **Schulze** sieht hier Frau Witt, als Geschäftsführerin der Tourismusregion Anhalt-Dessau-Wittenberg, als Bindeglied im Beirat.

Herr **Hartmann** sieht die Herausforderung in der Vernetzung, die momentan nicht so gut ist.

Herr **Otto** greift nochmals das Thema Flussreisen auf. Die von Herrn Puttkammer geäußerte Kritik bezieht sich darauf, dass bei den angebotenen Elbtouren kein Ausflugsprogramm in die Stadt Dessau-Roßlau zur Besichtigung unserer Sehenswürdig-

keiten angeboten wird, sondern lediglich am Schiffsanleger ein Zwischenstopp eingelegt wird. Zu solchen Veranstaltern sollte man den Kontakt aufnehmen und ihn mit mehr Informationen versorgen, um ihn dazu zu bringen evtl. 2 Tage in unserer Stadt zu bleiben. Frau **Schulze** nimmt die Anregung mit und bemerkt, dass dies mit Busreiseunternehmen seit Jahren praktiziert wird.

Herr **Puttkammer** erwähnt, dass mit dem Verkehrsverbundsystem Leipzig geworben wird. Die Strecke in unsere Richtung endet in Bitterfeld. Er sieht es als Aufgabe des Tourismus, Marketing und Wirtschaftsförderung den Anschluss an dieses Verbundsystem zu forcieren. Herr **Hartmann** ergänzt, dass der Verbund bis Magdeburg ausgeweitet werden soll.

Herr **Hartmann** berichtet weiterhin, dass der Beirat im März seine Arbeit aufnehmen soll. Dazu hat man sich im letzten Wirtschaftsausschuss verständigt. Er fragt in die Runde, ob man sich im Kulturausschuss dazu entschließen könnte, eine zeitnahe Entscheidung zu treffen.

Frau **Ehlert** kann mit einer zeitnahen Lösung leben. Da aber keine Unterlagen eingebracht wurden und diese Entscheidung nicht auf der Tagesordnung zu finden ist, lehnt sie eine Behandlung ab. Es widerspricht eindeutig der Geschäftsordnung.

Herr **Giese-Rehm** hat sich mit Frau Dr. Tietz darüber verständigt, dass sie sich außer Stande sieht, diesen Prozess zu begleiten. Herrn Mau geht es ähnlich. Vor diesem Hintergrund hat man sich auf die Berufung der beiden Stellvertreter der Ausschüsse geeinigt. Er möchte wissen, ob sich jemand anderer aus diesem Ausschuss in der Lage sieht, dies zu tun und in der nächsten Sitzung eine Entscheidung zu treffen.

Herr **Tonndorf** kann die Regelung, die Stellvertreter zu berufen, durchaus nachvollziehen, hätte es aber gern vorher gewusst. Im Interesse der Sache sollte der Vorschlag jedoch angenommen werden. Er kann sich vorstellen, der Empfehlung zu folgen und bittet um Meinungsbildung.

Herr **Giese-Rehm** unterbreitet den Kompromissvorschlag, dass sich in der nächsten Sitzung ein Tagesordnungspunkt mit diesem Thema befasst und Herr Hartmann, sollte es vorher eine Sitzung des Beirates geben, vorübergehend diesen Platz wahrnimmt.

Herr **Hartmann** stellt fest, dass dieser Kompromissvorschlag von den Ausschussmitgliedern begrüßt wird und sichert zu, dass die entsprechenden Unterlagen für die nächste Sitzung ausgereicht werden.

Herr **Otto** schlägt vor, dass sich potentielle Bewerber in den nächsten 14 Tagen bei Frau Dr. Tietz melden sollen. Gibt es keinen Bewerber für die Beiratstätigkeit, ist die Entscheidung eindeutig.

Herr **Otto** bemerkt abschließend, dass er sich gewünscht hätte, dass Frau Schulze zu Beginn ihrer Amtszeit vorgestellt worden wäre. Dies ist eine Angelegenheit des Amtsleiters oder Dezernenten, Mitarbeiter in einer wichtigen Position den Stadträten vorzustellen, so dass bekannt ist, wer der Ansprechpartner in der Verwaltung ist.

**Weitere Informationen der Verwaltung:**

Herr **Kuras** informiert, dass im Rahmen der Umsetzung des **Haushaltskonsolidierungskonzeptes** aus dem Jahr 2010 seit Januar 2014 in den Einrichtungen Museum für Stadtgeschichte und Museum für Naturkunde die Eintrittspreise angehoben wurden. Erwachsene zahlen jetzt 4 € (vorher 3 €), ermäßigte Karten sind 50 Cent teurer geworden und liegen neu bei 3 €, die Familienkarte 9 € (vorher 8 €), die Jahreskarte wurde von 16,50 € auf 18 € erhöht. Der Preis für Schüler, die im Rahmen von Unterrichtsprojekten in Gruppen die Einrichtungen besuchen blieb bei 1,50 €.

Im **Naturkundemuseum** wird die laufende Ausstellung zum Wolf sehr gut besucht, so dass in der kommenden Woche der 1.000ste Besucher erwartet wird.

Weiterhin informiert Herr **Kuras**, dass die Risssanierung im **Stadtarchiv** abgeschlossen ist und heute die erste Veranstaltung wieder in den Räumen durchgeführt werden kann.

Am 21.02. startet das **Kurt-Weill-Fest**, seit heute läuft das Festival Radio weill-fm auf der Frequenz 88,77 und am Samstag wird der Förderverein Meisterhäuser e.V. seine Ausstellung im Haus Kandinsky/Klee „bewundert –verspottet – gehasst“ das Bauhaus in den Medien der 20er Jahre, eröffnen.

Am 23.02. um 10:30 Uhr wird der **Moses-Mendelssohn-Preis** für 2014 im Foyer des Anhaltischen Theaters verliehen.

Am 23. März feiert der **Ölmühle e.V.** im Rahmen einer Festveranstaltung ab 14:00 Uhr sein 10jähriges Bestehen.

Einladen möchte er auch zum Faschingssonntag, den 02.03.14, zum Großen **Karnevalsumzug** durch die Stadt.

## 4.2 Bericht über den Stand der Verhandlungen zum Entwurf eines neuen Theatervertrages

Frau Ziemba verteilt die derzeit aktuelle Fassung des Theatervertrages. Frau **Nußbeck** informiert, dass der Theatervertrag am 29.01.14 der Verwaltung übergeben wurde. In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Theaterausschuss und den Fraktionsvorsitzenden wurde darüber informiert, wie der Inhalt des Theatervertrages aussieht und welche Probleme noch bestehen. Er ist zunächst inhaltlich an die vorherigen Verträge angelehnt. Neu ist, dass jetzt eine Dynamisierung im Vertrag aufgenommen wurde, die im § 2 dargestellt ist. Neu ist ebenfalls der § 3 mit den Strukturanpassungen. Die Paragraphen 4 bis 11 sind im Wesentlichen wie bisher. In den Protokollnotizen haben sich deutliche Veränderungen auf Grund der inhaltlichen Angaben zur Strukturanpassung ergeben. Hier wird seitens der Stadt um mehr Flexibilität gebeten. Das Ziel soll nicht nur durch Abbau, sondern auch durch Ausgründung erreicht werden können. Im § 1 sind die Zuschüsse enthalten, die das derzeitige Konzept widerspiegeln. Zum jetzigen Stand der Verhandlungen liegt der Strukturanpassungsfond bei 50 %. Die Gespräche sind noch nicht abgeschlossen. Es erfolgt

eine Prüfung, ob eine weitere Annäherung möglich ist. Das vorliegende Papier konnte heute erst mit dem Kultusministerium abgestimmt werden, da der zuständige Mitarbeiter im Ministerium erkrankt war. Der Vertragentwurf entspricht im Wesentlichen den Wünschen der Stadt, die Formulierung zur Intendantenbestellung wurde geändert in „…im Benehmen mit dem Land….“, das stellt inhaltlich jedoch keine Änderung dar. Die Unterlagen werden jetzt an den Theaterausschuss nachgereicht, es werden die 3 Varianten gegenübergestellt. Der Theatervertrag – das Alternativkonzept der Theaterleitung – und was passiert, wenn man gar nichts tut. Der Versuch, den die Stadt Halle unternommen hat, die Haustarifverträge einheitlich auf 2017 auslaufen zu lassen, wurde vom Land nicht befürwortet. Auch diese Variante wird im nächsten Theaterausschuss diskutiert. Auch im dazu stattfindenden Sonder-Hauptausschuss am 05.03.14 wird darüber diskutiert. Dazu lädt sie die Kulturausschussmitglieder ein.

Frau **Dammann** ärgert sich darüber, dass nur noch über den Bestand des Musiktheaters gesprochen wird. Dazu nennt sie beispielgebend den § 9, Abs. 2, der keinerlei Spielräume mehr zulässt. Frau **Nußbeck** erklärt, dass dies nicht bedeutet, dass es kein Schauspiel mehr geben wird. Es findet kein Schauspiel mehr mit eigenem Ensemble statt. Beim Erstellen des Spielplans wird über Gastspiele entschieden, die auch über ein Budget verfügen. Frau Dammanns Bedenken, dass es 2 Häuser bereits ablehnen, das Dessauer Theater zu bespielen kann Frau Nußbeck nicht teilen, da die Intendanten verständlicher Weise Solidarität üben. Sie geht von guten Synergiemöglichkeiten aus.

Frau **Ehlert** kennt keinen anderen Beschluss als den, den der Stadtrat im Anhaltischen Theater einstimmig gefasst hat. Darin heißt es, dass alle 4 Sparten erhalten bleiben. Sie wehrt sich vehement gegen diesen vorgelegten Vertrag. Den vom Theater vorgeschlagenen Vertrag kennt sie nicht. Sie fragt sich, wo die Verhandlungsgrundlage aus dem gefassten Beschluss – der Erhalt aller 4 Sparten - ist. Frau **Nußbeck** bemerkt, dass dies so nicht stimmt und etwas anderes beschlossen wurde.

Herr **Otto** stellt fest, dass man sich alles wünschen, es aber nicht alleine bezahlen kann. Die Verhandlungen mit dem Land sind erfolgt, dennoch hat der Landtag einen gegenteiligen Beschluss gefasst. Im Moment muss mit der Tatsache gelebt werden, dass vom Land nur der Betrag von 5,5 Mio. EUR bereitgestellt wird. Beim Erhalt aller Sparten müssten diese soweit abgeschmolzen werden, dass am Ende nichts mehr geht. Das Geld wird nicht mehr und dieser Realität muss man ins Auge sehen. In der nächsten Legislaturperiode sollte dennoch versucht werden, den „Topf wieder aufzuweiten“.

Frau **Nußbeck** bestätigt Frau Ehlert, dass im August 2013 der Beschluss gefasst wurde, das Theater mit 4 Sparten zu erhalten. Im Oktober 2013 wurde ein weiterer Beschluss im Stadtrat gefasst, der besagt, dass das Ensemble soweit wie möglich erhalten bleiben soll und die **Angebote** der Sparten Schauspiel und Ballett nach Möglichkeit. Die Kürzungen kann die Stadt nicht allein abfedern. Die Verhandlungsvollmacht über ein Musiktheater wurde am 05.11.13 erteilt. Ohne Vertrag wäre die Situation am schlimmsten.

Herr **Hartmann** ergänzt, dass im letzten Jahr ein Prozess in Etappen stattfand. Verhandlungen, Proteste, Zustimmungen, Ohnmacht und Erschrecken begleiteten diesen Prozess und sind jetzt beim Entwicklungsstatus, dass es ein Haushaltsgesetz im

Landtag gibt und im Rahmen dieses Beschlusses die Arbeitsrichtung vorgegeben ist. Ziel muss es sein, die Qualität zu erhalten.

Frau **Ehlert** bemerkt, dass im Haushalt nur 1 Mio. EUR für die Strukturanpassung eingestellt ist, die nicht für alle Theater reichen kann. Gebraucht werden 11 Mio. EUR für 2 Jahre. Herr **Hartmann** antwortet, dass es auch hier einen Prozess geben wird.

Frau **Sanftenberg** erklärt, dass es nachweislich nicht möglich ist, mit diesem Geld ein Musiktheater entsprechender Qualität vorzuhalten. Frau **Nußbeck** erwidert, dass die Zahlen in den letzten Monaten nachgebessert wurden. Es sind 10,03 Mio. EUR für die Strukturanpassung kalkuliert, darin stecken die Kürzung und der Ausstieg aus dem Haustarifvertrag. Zusätzliche Kosten entstehen durch die Abfindungen.

Herr **Puttkammer** möchte wissen, ob die Beteiligten über das heute vorliegende Papier informiert sind. Mit Beteiligten meint er das Theater und die Mitglieder des Theaterausschusses. Frau **Nußbeck** antwortet, dass die Beteiligten noch die Version im Änderungsmodus in den Händen haben. Unter Beteiligten versteht sie allerdings nicht die Theaterleitung sondern den Träger, da dieser über den Vertrag entscheidet. Selbstverständlich liegt dem Theaterausschuss mit den Unterlagen das Konzept vor, das inhaltlich dahinter steht.

Herr **Giese-Rehm** hält fest, dass es sich um ein Diktat des Landes handelt, dem die Stadt keine Chance hat auszuweichen. Verkündet wurde es zu einer Zeit, in der das Hochwasser prägend war mit der Maßgabe, innerhalb eines halben Jahres etwas umzusetzen, was nicht umsetzbar ist. Die jetzt angebotenen Almosen des Landes machen „den Kohl nicht fett“. Es wird die Stadt in der Umsetzung Arbeitsplätze, Engagement und Motivation in Größenordnungen kosten. Das kann man nicht unkommentiert hinnehmen. Er ist der Meinung, dass sich diese Landesregierung an der Stadt vergeht.

Herr **Hartmann** bittet darum die kompletten Unterlagen, die für die Sondersitzung des Hauptausschusses versandt werden, an die Mitglieder des Kulturausschusses auszureichen.

### 4.3 Anfragen und Informationen der Stadträte und sachkundigen Einwohner

Herr **Giese-Rehm** bezieht sich auf die im Finanzausschuss zurückgezogene Beschlussvorlage zur Cranach-Ausstellung. Er hatte deshalb nicht die Gelegenheit nach weiteren Ausstellungen zu fragen, an denen sich die Stadt ebenfalls nicht beteiligt. Frau Nußbeck hatte berichtet, dass es im Moment schwierig ist, sich an Kulturprojekten zu beteiligen, wenn das Theater nicht gesichert ist und somit ein Signal in Richtung Fördermittelgeber ist. Er möchte wissen, ob sich die Stadt an einer Ausstellung zu Erdmannsdorff in Rom beteiligt.

Herr **Kuras** antwortet, dass wir momentan keinen Haushalt haben und die Gesetzmäßigkeiten der satzungslosen Zeit gelten. Für die sogenannten freiwilligen Leistungen stehen somit keine Mittel zur Verfügung. Um Verbindlichkeiten für die Planung

des Cranach-Projektes herzustellen wurde es vorgestellt und zunächst zurückgestellt. Hintergrund ist wie benannt, erst den Theatervertrag auf den Weg zu bringen. Danach kann das Projekt auf den Weg gebracht werden und in dem Zusammenhang auch die Zusammenarbeit mit „Casa di Goethe“ in Rom. Es liegt dem Kulturamt und den Einrichtungsleitern sehr am Herzen. Hierzu gibt es auch viele Anregungen in der Bauhaus-Studie, die Umsetzung des Masterplans Bauhaus betreffend.

Herr **Otto** möchte dies nicht so stehen lassen. Es betrifft Dinge, bei denen die Stadt eine große Außenwirkung erzielen kann. Nur weil derjenige, der für Kultur zuständig ist, die Finanzdezernentin damit beauftragt und weitere Zuständigkeiten war an das Finanzdezernat anhängt. Jetzt kommt man im Finanzbereich nicht mehr weiter, weil die Dezernentin mit anderen Aufgaben zugedeckt ist, wir keinen Haushalt bekommen und somit solche Projekte nicht durchgeführt werden können. Auch Einzelfallentscheidungen sind hier möglich, zumal es sich bei der Kooperation mit Rom nicht um Millionenbeträge handeln dürfte. Es geht darum, Arbeitskraft und Gemälde zur Verfügung zu stellen. Die Leute sind da und das Georgium ist nicht nutzungsfähig, also könnte man doch daran arbeiten. Er erwartet, dass solche Dinge in den Ausschuss gebracht werden.

Herr **Hartmann** regt an, ähnlich des Theaterspielplans ein Jahreskonzept für die Museen zu erstellen und diesen im Kulturausschuss vorzustellen. Herr **Kuras** erwidert, dass die Aufstellung darüber hinaus gehen muss. In der Dienstberatung wurde besprochen, dies stärker zu kommunizieren. Es müssten eigentlich Projekte für 2016 geplant werden, weil sie im Jahr 2015 haushaltsrelevant sind. Dazu benötigen wir Instrumentarien, um den Partnern gegenüber Verbindlichkeiten zu schaffen. Dies wäre eine anzustrebende Qualität aber in Zeiten der Haushaltskonsolidierung schwierig. Herr **Hartmann** bittet dennoch um eine Aufstellung zu Projekten für die Jahre 2014/2015.

Herr **Tonndorf** kann nicht verstehen, dass auf Grund mangelnden Geldes keine Reaktion erfolgt. Mit den verantwortlichen Leuten aus der Gemäldegalerie und aus dem Stadtarchiv könnte man doch in die Vorbereitung gehen und ein fertiges Projekt bei der Bestätigung der Mittel vorweisen. Diesen „Fahrplan“ meinte Herr **Hartmann**, der in einem Abwägungsprozess präzisiert werden kann und somit Prioritäten gesetzt werden. Herr **Kuras** erwidert, dass es bei „Casa di Goethe“ nicht nur darum geht, die Dinge zu entleihen, sondern dass außer in Rom auch hier eine Ausstellung geplant ist. Auch im Kulturamt ist man etwas spät auf diese Idee gekommen. Von einem Finanzierungspartner liegt jetzt eine Zusage vor, so dass über einen Freigabeantrag versucht wird, mit der Arbeit beginnen zu können. Verzögernd wirkt zudem, dass der Haushalt noch nicht eingebracht werden konnte.

Herr **Giese-Rehm** möchte das große Interesse des Ausschusses an der „Casa di Goethe“ in die Verwaltung getragen wissen.

Herr **Otto** moniert die Aussage im Protokoll des Kulturgespräches im nh-Hotel vom November 2013, dass der Kulturausschuss nicht ordentlich mitgearbeitet hat. Die wichtigen Dinge gelangen gar nicht zur Kenntnis des Ausschusses. Herr Giese-Rehm hat durch Zufall davon erfahren. Herr Otto fragt sich, wozu es den Ausschuss gibt, wenn die Mitglieder nicht „mitspielen“ dürfen. Er hat das Gefühl mit banalen Sachen zugedeckt zu werden. Gestaltende Möglichkeiten gibt es hier nicht.

Herr **Hartmann** möchte von Frau Wendeborn zu folgenden Themen eine aktuelle Information:

- zum Stand der Abrissarbeiten der Schule Mildensee,
- zum Start der Baumaßnahmen Schule Ziebigk unter Berücksichtigung der Vorschläge des Gestaltungsbeirates zum äußeren Erscheinungsbild
- zur weiteren Entwicklung des Schulgeländes Schaftrift, das Gelände macht keinen guten Eindruck (eingeschlagene Scheiben Turnhalle)
- zum Ergebnis der Beratung der Berufsschulen der Region, die im Januar stattfand unter dem Stichwort – Kompetenzzentrum -

Da Frau Wendeborn nicht mehr anwesend ist, wird Frau Schmidt die Anfragen nach der Sitzung an das Schulverwaltungsamt weiterleiten.

An Herrn Kuras richtet er die Anfrage, ob die Studie zur Untersuchung des Archivstandortes vorliegt. Herr **Kuras** bestätigt dies, es gibt jedoch noch Abstimmungsbedarf innerhalb des Dezernates VI und mit dem Kulturamt. Dazu finden in den nächsten 14 Tagen Termine statt. Herr Koschig hat es auch für seine Dienstberatung angemeldet. Herr **Hartmann** bemerkt, dass sich der Prozess schon sehr lange zieht und möchte wissen, wann mit Ergebnissen zu rechnen ist. Herr **Kuras** kann keinen Termin nennen, so dass Herr Hartmann in der nächsten Sitzung das Thema erneut ansprechen wird.

## 5 Beschlussfassungen

### 5.1 Beschluss über die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 221 „Ersatzneubau Schwimmhalle“ im Parallelverfahren Vorlage: BV/397/2013/VI-61

Frau **Ehlert** informiert, dass im Finanzausschuss der Beschluss gefasst wurde, die Planungskosten in Höhe von 64 TEUR einzusparen und das Planungsamt der Stadt die Aufgabe übernimmt.

Herr **Schmidt** vom städtischen Planungsamt hinterfragt den Beschluss, ob es die Gesamtmaßnahme betrifft. Herr **Otto** informiert, dass damit die Änderung des Flächennutzungsplans gemeint ist. Herr **Schmidt** erklärt, dass dies sowieso vom Amt gemacht wird. Hier sind die Kosten für die Aufstellung des Bebauungsplans gemeint. Dafür müssen Gutachter bestellt werden. Herr **Otto** ist der Meinung, dass dies das Amt durchaus selbst tun könnte. Im gestrigen Ausschuss wurden Behauptungen zum Personalbestand geäußert, die er als Unverschämtheit empfindet. Er sieht sich veranlasst mit dem ihm vorliegenden Zahlenmaterial an die Öffentlichkeit zu gehen.

Herr **Puttkammer** bezieht sich auf die Anlage 2. Ihm fällt auf, dass der Kreuzungsbereich und der Straßenbereich mit einbezogen werden und bittet um eine Erklärung dazu. Herr **Schmidt** erklärt an Hand des Lageplans, dass als Grundlage des Bauleit-

planverfahrens der §1 des BauGesB ein Bebauungsplan zu erstellen ist. Der räumliche Umfang ist dafür zu definieren. Er orientiert sich an den Anforderungen, die für die Bauleitplanung zu erfüllen ist. Das heißt, für die Schwimmhalle ist die gesicherte Erschließung zu erklären, als auch die Belange des Verkehrs zu berücksichtigen. Es handelt sich um eine viel befahrene Schnellstraße. Im Zuge der Standortdiskussion wurde der Vorteil benannt , dass es eine Kombination zwischen Schwimmhalle und Stadion geben kann. Die Straße wird also gekreuzt, ist aber nicht lichtsignalisiert. Im Rahmen verkehrstechnischer Untersuchungen müssen die Gegebenheiten analysiert und bewertet werden, was die Einbeziehung des Bereiches erforderlich macht. Auch an einem anderen Standort wäre die Untersuchung erforderlich gewesen.

Herr **Otto** ist der Meinung, dass der B-Plan ausgeweitet werden muss, weil die fußläufige Erschließung für die Besucher, die mit der Straßenbahn kommen, über die Haltestelle Leipziger Tor erfolgt.

Herr **Giese-Rehm** möchte wissen, ob die Busanbindung im Linienverkehr berücksichtigt wurde. Herr **Schmidt** antwortet, dass deshalb Untersuchungen im Bereich der Steneschen Straße durchgeführt werden.

**Beschlussvorschlag:**

1. Für den in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage dargestellten Geltungsbereich westlich des Paul-Greifzu-Stadions an der Ludwigshafener Straße ist auf der Grundlage der §§ 1 (3) und 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) der Teil - Flächennutzungsplan der Stadt Dessau zu ändern und ein Bebauungsplan aufzustellen. Ziel der Bauleitplanung ist die städtebaulich ausgewogene Errichtung eines Ersatzneubaus für die Südschwimmhalle zur Berücksichtigung der kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere zur Förderung der Belange von Sport, Freizeit und Erholung. Auf der Grundlage des § 8 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) sollen die Änderung des Teilflächennutzungsplans der Stadt Dessau und die Aufstellung des Bebauungsplans parallel durchgeführt werden. Die zeichnerische Darstellung der Abgrenzung des Geltungsbereichs beider Bauleitplanverfahren (Anlagen 2 und 3) wird bestätigt und ist der Bekanntmachung der Beschlussfassung beizufügen.

2. Auf der Grundlage des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) ist der Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.

3. Für die Durchführung der Bauleitplanung sind die erforderlichen Mittel i. H. v. voraussichtlich 64 T€ in die Haushaltsplanung 2014-2015 auf der Grundlage der Anlage 4 zu dieser Vorlage einzustellen. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, sofort die dafür erforderlichen Leistungen der Leistungsphase I und II (§ 19 Abs. 1 HOAI 2013) einschließlich der notwendigen Gutachten nach diesem Beschluss beauftragen zu dürfen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## 5.2 Beschluss über die 1. Änderung des INSEK für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 221 „Ersatzneubau Schwimmhalle“ Vorlage: BV/399/2013/VI-61

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag**:

1. Für das Ziel der Stadt Dessau-Roßlau, am Standort der ehemaligen Molkerei an der Ludwigshafener Straße westlich des Paul-Greifzu-Stadions einen Ersatzneubau für die Südschwimmhalle zu errichten, ist die 1. Änderung des am 11.07.2013 beschlossenen Stadtentwicklungskonzeptes INSEK (Beschlussvorlage BV/160/2013/VI-61) einzuleiten.
2. Die 1. Änderung dient der einzelfallbezogenen Befreiung der Bauleitplanung für den Ersatzneubau für die Südschwimmhalle von der Bindungswirkung an das INSEK lt. § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch, insbesondere von den Grundsätzen des programmatischen und räumlich-strukturellen Leitbildes für die Konzentration von oberzentralen Einrichtungen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge in der Dessauer Innenstadt.
3. Die Stadtverwaltung wird somit beauftragt, die notwendige Anpassung des INSEK, insbesondere folgender textlicher und zeichnerischer Darstellungen vorzunehmen:

- Kapitel 6.1 Kernbereich Innenstadt als Konzentrationsraum oberzentraler Einrichtungen
- Kapitel 6.4 Landschaftszug als Freiraumstrategie des Stadtumbaus
- Kapitel 6. 6 Freizeitgestaltung, sowie Sport- und Spielangebot.

4. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## 5.3 Maßnahmebeschluss für den Neubau einer Zweifeldsporthalle für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport am Walter-Gropius-Gymnasium Vorlage: BV/308/2013/CDU

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

## 5.4 Sanierungsmaßnahme Schloss Georgium Vorlage: BV/032/2014/I-41

Herr **Kuras** möchte darauf hinweisen, dass es die Möglichkeit der Baustellenbesichtigung im nichtöffentlichen Teil des Bauausschusses am 26.02.14 um 15:30 Uhr gibt und dort im Anschluss Fragen zu bautechnischen Belangen gestellt werden können. Die Vorlage nimmt Bezug auf den Stadtratsbeschluss von 2011. In der Vorlage war der Umfang der Sanierungsmaßnahmen beschrieben.

Frau **Sanftenberg** möchte zu den benannten Gesamtkosten von 6,4 Mio. EUR auf Seite 4 der Vorlage wissen, ob diese zusätzlich benötigt werden. Herr Kuras bestätigt dies.

Frau **Ehlert** berichtet aus dem gestrigen Finanzausschuss, dass darüber informiert wurde, dass die zusätzlichen Mittel auf Grund von unvorhersehbarem Restaurierungsaufwand benötigt werden. Der Haushalt ist noch nicht eingebracht, die Baustellenbesichtigung kommt erst noch. Deshalb kann heute eigentlich nur vorbehaltlich abgestimmt werden.

Herr **Kuras** erklärt, dass 2014 noch Mittel zur Verfügung stehen und abschließend verbaut werden. Mit diesen Mitteln kann aber nicht der Zustand erreicht werden, das Georgium ab 2015 zu nutzen. In Umsetzung des Koalitionsvertrages ist es vorgesehen, das Förderprogramm für die UNESCO-Welterbestätten fortzusetzen. Derzeit sind keine Ausführungsbestimmungen bekannt. Die momentan sehr komfortable Förderung wäre weiterhin wünschenswert.

Herr **Hartmann** versteht die Vorlage als Startschuss für die Verwaltung, Anträge stellen zu können, wenn die Rahmenbedingungen des Förderprogramms geklärt sind.

Herr **Giese-Rehm** hält die Vorlage eher für eine Informationsvorlage. Daraus entstehen weder positive noch negative Bindungen. Herr Hartmann widerspricht dieser Auffassung und möchte einen Beschluss herbeiführen, der die Arbeitsrichtung festlegt.

Herr **Otto** sieht eine Fortsetzung des Programms nicht vor Ende 2014. Wenn dann die Antragstellung und die Ausschreibungen erfolgen würden, ist es Frühjahr 2015. Gibt es einen Zeitplan für die Umsetzung bzw. die Wiedereröffnung? Herr **Kuras** macht dies von dem abhängig, was man machen will. Um es nutzungsfähig und in einem vertretbaren Zustand zu bekommen, werden 700 TEUR benötigt. Herr Otto geht von den 6,4 Mio. EUR aus. Herr **Kuras** erklärt, dass es dafür keinen Zeitplan gibt. Weiterhin möchte Herr **Otto** wissen, ob nach Einsatz der 700 TEUR das Museum durchgängig nutzbar sein wird oder ob wieder geschlossen werden muss, wenn es weitere Fördermittel gibt. Herr Kuras möchte den Zustand erreichen, dass die Bilder vor Ort belassen werden können. Für die 700 TEUR wird das Haus auf 2 Etagen für die Cranach-Ausstellung ertüchtigt. Herr **Otto** erwartet zum Bauausschuss detaillierte Aussagen.

**Beschlussvorschlag**:

1. Die Sanierungsarbeiten am Schloss Georgium werden nach vollständiger Verwendung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel Ende 2014 unterbrochen. Damit können die wesentlichen Baumängel behoben und die Gebäudesubstanz weitgehend gesichert werden. Allerdings werden keine temporären Oberflächen hergestellt und damit wird die Anhaltische Gemäldegalerie im Jahr 2015 noch nicht wieder nutzungsfähig.

2. Für die zu erwartenden Fortschreibung des Bundesprogramms „Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten“ bereitet die Verwaltung einen Fördermittelantrag zur konsequenten Fortsetzung der Sanierung vor. Ziel der Teilsanierungen ist es, letztlich einen Zustand zu erreichen, der insgesamt einer Generalsanierung nahekommt.

3. Vor einer Fortsetzung der Sanierungsmaßnahme ist ein novellierter Maßnahmebeschluss zur Entscheidung im Stadtrat einzubringen.

**Abstimmungsergebnis: 8 : 0 : 1**

## 7 Schließung der Sitzung

Herr Hartmann schließt um 18:35 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 29.03.14

_____

Vorsitzende Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport Schriftführer